




























 CDU CSU	 SPD	 FDP Die Liberalen	 ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND	 DIE LINKE.
Allgemeines	Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft auch in der EU	Weiterentwicklung der EU zu einer Bürgerunion → parl. verfasste Regierung (KOM) → europäische Verfassung	langfristiges Ziel: - föderales Europa - Europäische Verfassung	langfristige Ziele: - starke und demokratische EU - EU-Verfassung	Entwicklung einer EU-Verfassung → Beteiligung der Bürger → Ratifizierung durch das Volk
	Kernforderungen: - stabile Währung - unabhängige Europäische Zentralbank - Haushaltsdisziplin - Beitragsgerechtigkeit - Ablehnung von EU-Steuern	Einführung bundesweiter Volksentscheide	Befürwortung einer grundlegenden EU-Reform (Lissabon-Vertrag) → demokratischer, handlungsfähiger, verständlicher	künftig Referendum bei Vertragsänderungen	verstärkte regionale Zusammenarbeit (unterstützt durch den Bund): - Deutschland – Polen - Deutschland – Tschechien
	Achtung der Prinzipien: - Subsidiarität - Kompetenzen - nationale Identität und Regionen		Verwirklichung von Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene → EU-weite Volksentscheide → national mehr Direktdemokratie	Stärkung des EP: - Gesetzesinitiativrecht - erweiterte Haushaltsbefugnisse - Gleichberechtigung in allen Politikbereichen: → Steuern, Haushalt, Sozialpolitik → GASP	Stärkung der direkten Demokratie
	Gottesbezug in den EU-Vertrag → Bezug auf christlich-abendländischen Wurzeln der EU				
	Fokus auf Föderalismus, Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung				
	CSU: Volksabstimmungen wenn → Zuständigkeiten von Mitgliedstaaten auf EU übertragen werden → Erweiterungen				
	CSU: Europawahlen als Direktwahlen				
Erweiterung	EU-Erweiterung fortsetzen gemäß: → Aufnahmefähigkeit der EU → Erfüllung aller Kriterien (Gleichberechtigung, Religion, Minderheitenschutz)	Verhandlung um Türkeibeitritt weiterhin ergebnisoffen gestalten	Erweiterung mit Augenmaß und ergebnisoffen fortsetzen: - aktuelle Kandidaten: Kroatien/Island - Türkeientscheidung steht nicht an	Erweiterungspolitik fortsetzen: - Befürwortung der Aufnahme von Kroatien und der Türkei - besondere Verantwortung für den westlichen Balkan	
Finanzmarktaufsicht	Zusammenführung der Finanzaufsichtsbehörden im Rahmen der EZB → gemeinsame Krisenprävention und Krisenbewältigung	allumfassende Finanzmarktaufsicht → Markt, Produkt, Akteure, Staat, etc. → Aufsicht: national, EU-weit, international	bessere Finanzmarktregelungen → Krise = Staatsversagen → Überprüfung + Anpassung der nationalen + int. Regulierung	Regulierung der Finanzmärkte → Einbezug aller Akteure → Einbezug aller Produkte → Aufsicht auf Augenhöhe	Reform des internationalen Finanzsystem
	europäische und internationale Rating-Agenturen-Aufsicht (EZB)	Reduzierung des Stellenwerts von Rating-Agenturen	Konzentration + Professionalisierung der Bankenaufsicht → Vernetzung + Einrichtung einer Koordinierungsstelle in der EU → langfristig: EU-weite Bankenaufsicht bei der EZB	Einführung von Regeln für Ratingagenturen	Finanzmärkte regulieren → Verbot für Hedgefonds
	Aufbau einer europäischen Rating-Agentur	unabhängigere Rating-Agenturen	Prüfung der Schaffung einer europäischen Rating-Agentur		
	Regeln für Hedgefonds	stärkere Hedgefonds + Private Equity Fonds Regulierung			

					
Finanzen	EZB vor politischer Einflussnahme schützen	Bekennnis zum Erhalt der Industrie → Ausrichtung: Klima, Umwelt, Gesundheit	Fokus: Haushaltskonsolidierung → Einführung einer 0 % Verschuldungsregel	Neuausrichtung der EZB → stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Beschäftigung)	Reform der EZB → gleichrangige Verpflichtung auf Preisstabilität, Nachhaltigkeit und Beschäftigung → Kontrolle durch EP + ECOFIN
	Bekennnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt → solide Finanzen	Verfolgung einer antizyklischen Konjunkturpolitik unter Beachtung der Schuldenregel	EURO-Stabilität als Erfolgsgarant	Stabilitäts- und Wachstumspakt flexibler gestalten	Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakt → Regeln durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Umwelt, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung ersetzen
		gemeinsame europäische Stimme in internationalen Finanzinstitutionen	Umdenken bei den EU-Finanzen → max. 1 % BNE für EU-Haushalt → nachhaltige Ausrichtung		ausreichende Finanzausstattung der EU-Regional- und Strukturpolitik → Kooperation der Grenzregionen
		zukünftige EU-Förderausrichtung: → gleichwertige Lebensverhältnisse			
Wirtschaft	Bekennnis zur sozialen Marktwirtschaft → Wachstum, Preisstabilität, sozialer Fortschritt, Vollbeschäftigung, Umweltschutz	gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik - ökologische Industriepolitik - europäische Forschungsinitiative	Steuerreform: → Unternehmenssteuer senken auf EU-Niveau (10 bzw. 25 %)	stärkere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik	Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung → Koordinierung der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik
	Reform des „International Accounting Standard“ (IAS)-Modells → Prinzip des ehrbaren Kaufmanns	Neuregelung der Eigenkapitalrichtlinie	Schaffung eines Statuts für eine Europäische Privatgesellschaft (EPG)	Aufwertung der Euro-Gruppe: - Festlegung makroökonomischer Rahmenbedingungen (mit EZB) - EP-Beteiligung bei Diskussion um makroökonomische Leitlinien - ökologische u. soziale Ziele	Einführung einer Börsenumsatzsteuer
		EU-weite Börsenumsatzsteuer		europaweite Finanzumsatzsteuer	
				Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie	
				Ende der Beschränkungen im Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit	
Wettbewerb	Garantie von Wettbewerb und Verbraucherschutz im EU-Binnenmarkt → aber: Einführung eines Bürokratie-Checks für EU-Entscheidungen	Mitbestimmung EU-weit vorantreiben	stärkerer Einsatz der EU für den Erhalt eines multilateralen Welthandelssystems (WTO)	gerechtere Welthandelsordnung → Verankerung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards	Überwindung der WTO-Politik → Reform der Weltwirtschaftsordnung → Überwindung des Freihandels
	EU-weite Stärkung des Meisterprinzips	Stärkung der europäischen Betriebsräte	unverzügliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen	Reform des EU-Patenwesens → unter Kontrolle des EP stellen	gerechtere Handelsstrukturen - Neuverhandlung Freihandelsabkommen und Abkommen mit AKP-Staaten
	verbessertes EU-Patentsystem → Schutz geistigen Eigentums	Vergaberechtsreform → Tariftreue / KMU-freundlich → Zulässigkeit sozialer Kriterien	unabhängiges europäisches Kartellamt mit internationalen Wettbewerbsregeln (WTO)		Einführung von festen Wechselkursen
	Stopp für weitere EU-Anti-Diskriminierungsvorgaben	Reform EU-Entsenderichtlinie → gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Patentrechtsreform über deutsche Grenzen hinausgehend		
		Kampf dem Steuerdumping → einheitliche Bemessungsgrundlage → Mindestsätze für Unternehmenssteuern	Förderung eines europäischen Binnenmarktes für Gas → Marktöffnung → private Anbieter → Wettbewerb		

					
Soziales	/	Schaffung eines sozialen Europas → soziale Mindeststandards → Wirtschafts- und Währungsunion um europäische Sozialunion erweitern	/	soziales Europa → europäischer Sozialpakt → soziale Mindeststandards → europäische Sozialkarte zur Sicherung sozialer Ansprüche	Aufnahme einer sozialen Fortschrittsklausel in die europäischen Verträge: → Titel: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern“
		Durchsetzung sozialer Bürgerrechte in der EU: - solidarische Sozialversicherung - gebührenfreie Bildung - Mindestlohn		europaweiter Diskriminierungsschutz: → Diskriminierungsausschluss aufgrund: <i>ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität</i>	
		soziale Fortschrittsklausel → Sicherstellung der Gleichrangigkeit von sozialen Rechten mit Regeln des Binnenmarkts und der Dienstleistungsfreiheit			
		sozialer Stabilitätspakt → Festlegung + Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben → Mindestlohn gg. Lohndumping			
Daseinsvorsorge	Verhinderung weiterer Liberalisierungstendenzen	faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen	/	Gewährleistung + Stärkung der Grundversorgung	Ausbau statt Privatisierung
	kommunale Verantwortung für Trink- und Abwasserversorgung	Entscheidung über Daseinsvorsorge weiterhin im nationale Kompetenz		Rahmenrichtlinie für Schutzbereiche der Daseinsvorsorge	Re-Kommunalisierung bereits vollzogener Privatisierungen
		Schutz vor Liberalisierung → öffentliches Gut			
Bildung Wissenschaft + Forschung	Ziel: - 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung (FuE)	Bis 2015: - 3 % des BIP für FuE - 7 % des BIP für Bildung	Bis 2010 - 3 % des BIP für FuE - 7 % des BIP für Bildung	Ziel: - 3 % des BIP für FuE	Beschluss eines Bildungspakts: - 7 % des BIP für Bildung
	ethische Einbettung der Wissenschaft		ideologiefreie Forschung	Forschungsausrichtung auf: - Neugier und Verantwortung	Ausrichtung der Forschung auf: - Nachhaltigkeit + Ökologie - Soziales + Gemeinnützigkeit
	aktive Gestaltung des europäischen Forschungsraumes				
	Anerkennung + bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen				
	Internationalisierung der Hochschulen → Überprüfung Bologna-Prozess				
Energie	Ausbau des Stromverbundnetzes zu einem europäischen Stromtransportnetz	Investition in EU-Energienetze	Anbindung deutscher Energiemärkte an die europäischen Märkte	Ende für Atom- und Kohleenergie	Ende für Atom- und Kohlestrom → sofortiger Atomausstieg
	langfristig: EU-Energiepolitik		besserer Stromwettbewerb	Umbau der EU zu einer Union für erneuerbare Energien: → EURENEW → Bau eines europaweiten Hochspannungsgleichstromnetzes	Kommunalisierung von Energieunternehmen
			strategische Energieaußenpolitik → Solidarität in Krisen → einheitliches Auftreten		

					
Verkehr	konsequente Nutzung des Potentials von Galileo	Einführung eines einheitlichen Verkehrsleitsystems in Europa	/	Förderung der Schiene und bessere Vernetzung der Strecken	Auf- und Ausbau der Verkehrsverbindungen zw. Ost- u. Westeuropa
	Stärkung Deutschlands in den europäischen Verkehrsnetzen → Umsetzung TEN				
Umwelt	Eintreten für ein verbindliches Post-Kyoto-Abkommen unter Einschluss der USA, Schwellenländer und der 3. Welt	Umbau der Industriegesellschaft (Umwelt)	Post-Kyoto-Abkommen → globaler Kohlenstoffmarkt	Umbau der Gesellschaft → verbindliches Klimaregime	Ende für das fossil-atomare Zeitalter (Atom / Kohle)
	Bekanntnis zum EU-Klimapaket → bis 2020: - 40 % CO2-Reduktion - 30 % erneuerbare Energieanteil	Bis 2020: - 40 % CO2-Reduktion - 35 % erneuerbare Energieanteil (50 % bis 2030)	Bis 2020 - 30 % CO2-Reduktion	Bis 2020: - 40 % CO2-Reduktion Bis 2040: - 100% erneuerbare Energieanteil	Bis 2020 -50 % CO2-Reduktion
	europäisches Emissionshandelsregime als zielführender Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie + Ökologie		Emissionshandel als Instrument zur Steuerung in der Umweltpolitik → Verteilung mittels Auktion	weltweit organisierter Emissionshandel → Lastenverteilung Nord – Süd → Wissenstransfer	verschärfte Vorgaben für EU-Emissionshandels
Verbraucherschutz	verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene	Finanz-TÜV für Finanzprodukte	Ablehnung der politischen Steuerung des Konsums	Ausnutzung der EU-Kompetenzen im Bereich Verbraucherschutz	Garantie von Information + Transparenz
	Einführung eines freiwilligen europäischen Sicherheitszeichens		wirksamere Umsetzung der EU-Fluggastrechte	Verbesserung von REACH	
	europaweite Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel (u.a. Herkunft)		europaweite Vereinheitlichung von Verbraucherschutzrechten		
Kultur + Medien	enge Zusammenarbeit von Bund + Länder in europäischer Medienpolitik → deutsche Positionen vertreten	/	einheitliche Rahmenbedingungen: → Schaffung eines europäischen Wahrnehmungsrechts → Wettbewerb unter den Verwertungsgesellschaften	stärkere Einmischung in europäische Kulturpolitik	/
Landwirtschaft	<i>Europäisches Agrarmodell</i> - nachhaltig - multifunktional - Erhalt der Landschaft	Neuausrichtung - nachhaltig - natürlich - Ende für Agrarexportsubventionen	Ziele: - Planungssicherheit - Verlässlichkeit (bis 2013) - Einkommenserzielung über den Markt (mehrheitlich)	grüne Agrarwende: → ökologischer Landbau → regionale Vermarktung → artgerechte Tierhaltung → Agrar-Umweltmaßnahmen	Ausweitung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Erhöhung des Anteils an ökologischen Landbau
	Einsatz für eine weltweite Anerkennung der hohen EU-Standards: → Verbraucher-, Umwelt- u. Tierschutz		bessere Rahmenbedingungen	Abschaffung von Subventionen mit handelsverzerrender Wirkung (Exporterstattungen)	- Subventionen für soziale und ökologische Leistungen - transparente Verteilung
	Einsatz für Bürokratieabbau		Vereinheitlichung Agrardieselsteuer		Abschaffung EU-Exportsubventionen
	Erhalt nationaler Subventionen → Agrardiesel				
	CSU: stabilisierende Milchmengensteuerung (Milchquote)				
ländlicher Raum	gezielte Förderung → Fokus: Breitbandversorgung	Ziel: gleichwertige Lebensbedingungen	/	/	Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen auf dem Land

					
Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013	Absicherung der GAP im EU-Haushalt: - Marktorientierung - Ausgleich für höhere Standards - Honorierung der Leistung für Gesellschaft + Natur - Sicherheitsnetz gegen Preisstürze	Gleichberechtigung von: - Landwirtschaft - Ernährungswirtschaft - Verbraucherschutz - Umweltschutz Fokus: - Beitrag zum Klimaschutz	marktwirtschaftliche Umorientierung: - Kulturlandschaftsprämie - marktwirtschaftliche Regeln - Öffnung für Export → Reform der Milchvermarktung	GAP-Subventionen für: - Umwelt- und Klimaleistungen - Schaffung von Arbeitsplätzen	/
	Erhalt der Säulen EGFL + ELER: - Festhalten an Direktzahlungen - regionale angepasste Lösungen - Vereinfachung	- Honorierung der Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen - Förderung des ländlichen Raums	Ziel: - effiziente + nachhaltige High-Tech-Landwirtschaft	Ziele: - integrierte ländliche Entwicklung - gleichwertige Lebensverhältnisse - ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe	
Gentechnik	kritischer Umgang → mit Grenzen der Forschung auseinandersetzen	Ausweitung der Kennzeichnung → Einführung eines Labels	2. Grüne Revolution → Stärkung der Agrarforschung	Ablehnung von Gentechnik → klare Kennzeichnung	Verbot für Agro-Gentechnik
	Ziel: Vertrauen + Akzeptanz schaffen	Änderung des EU-Rechts → Möglichkeit der Einrichtung gentechnikfreier Regionen		Stärkung gentechnikfreier Räume	
Tierschutz	Hohe Tierschutzstandards EU-weit	Einführung eines Tierschutzsiegel → möglichst EU-weit	/	Staatsziel im Grundgesetz konsequent umsetzen	/
	Begrenzung von Tiertransportzeiten				
Naturschutz	Ablehnung einer EU-Bodenschutz-Richtlinie	Importverbot für illegal eingeschlagenes Holz	europaweites „Archiv der Natur“ (Datenbank / Saatgut / Samen)	Erfüllung der Bestimmungen der EU-Gewässerrahmenrichtlinie	
grüne Patente	Überprüfung der EU-Gesetzgebung → patentfreie Züchtung + Kreuzung			Überprüfung EU-Biopatentrichtlinie → Verbot von grünen Patenten	Patentverbot auf Lebewesen und Pflanzen
Innere Sicherheit	Asylrecht in nationale Verantwortung → keine EU-Vereinheitlichung	/	humanitäre Zuwanderungspolitik (Einwanderung / Asyl): → Zusammenarbeit auf EU-Ebene → kein Absenken auf niedrigstes Niveau	EU-Innen- und Justizpolitik im Einklang mit Bürgerrechte	Einführung einer menschenrechtlich fundierten Asylpolitik mit fairen Verfahren, Abschaffung von Sammellagern und Aufnahme neuer Asylgründe (u.a. Geschlecht)
	Ausbau von Europol			menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik	Abschaffung von FRONTEX
				Ablehnung der Abschottung an den EU-Außengrenzen	
	bessere Behördenkooperation → Informationsaustausch			Gleichstellung aller Unionsbürger	

					
Außenpolitik	außenpolitischer Wertekanon: - Recht - Freiheit - Menschenrechte	außenpolitisches Selbstverständnis - Partnerschaft - Verantwortung - Abrüstung	EU als Grundpfeiler liberaler Außenpolitik	außenpolitischer Kern: - Einmischung - Menschenrechte - Entwicklung - gerechte Globalisierung	Beendigung militärischer Auslandseinsätze im Rahmen der ESVP
	Bekenntnis zur NATO → Bild einer strategische Kultur zwischen EU + NATO (Arbeitsteilung)	Europa als Friedensmacht (ESVP)	gleichberechtigte Partnerschaft → NATO / ESVP / Bundeswehr	Zivilmacht Europa in einer handlungsfähigen UNO → kooperativer Multilateralismus → Abrüstung	Europäische Verteidigungsagentur abschaffen und durch eine Abrüstungsagentur ersetzen
	GASP + ESVP als Ergänzung zur transatlantischen Partnerschaft → inklusive Beistandspflicht	ESVP nutzen zur Durchsetzung von: - Menschen- und Völkerrecht - Frieden + Entwicklung	mehr internationale Kooperation → Reform der Int. Organisationen → Abrüstung	Umbau der Bundeswehr zu einer europatauglichen + UN-fähigen Freiwilligenarmee	Ausbau „Östliche Partnerschaft“ unter Berücksichtigung der russischen Interessen
	Bekenntnis zur ENP	NATO als Garant für Sicherheit (unter Einbezug Russlands)	EU Sitz im UN-Sicherheitsrat	Entwicklung einer wirklichen GASP → UN-Charta verpflichtet → EU-Außenminister → EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat	ziviles Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland
				UNO-Reform + Demokratisierung von IWF + Weltbank → IWF als „ <i>lender of last resort</i> “	
				Aufbau von Friedensinstitutionen: - Europäische Friedensagentur - Europ. ziviles Friedenskorps - Europ. ziviler Friedensdienst	
				Verschärfung des EU-Verhaltenskodexes für Waffenausfuhren	